

23.05.2006

| Stefan Sell

Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung
des Ausschusses für Generationen, Familie
und Integration des nordrhein-westfälischen
Landtages am 29.05.2006 zum Thema
„Familienzentren“

Remagen

■ ibus

Institut für Bildungs- und Sozialmanagement
der Fachhochschule Koblenz (■ ibus)

Südalle 2 ■ 53424 Remagen ■ www.rheinahrcampus.de/ibus

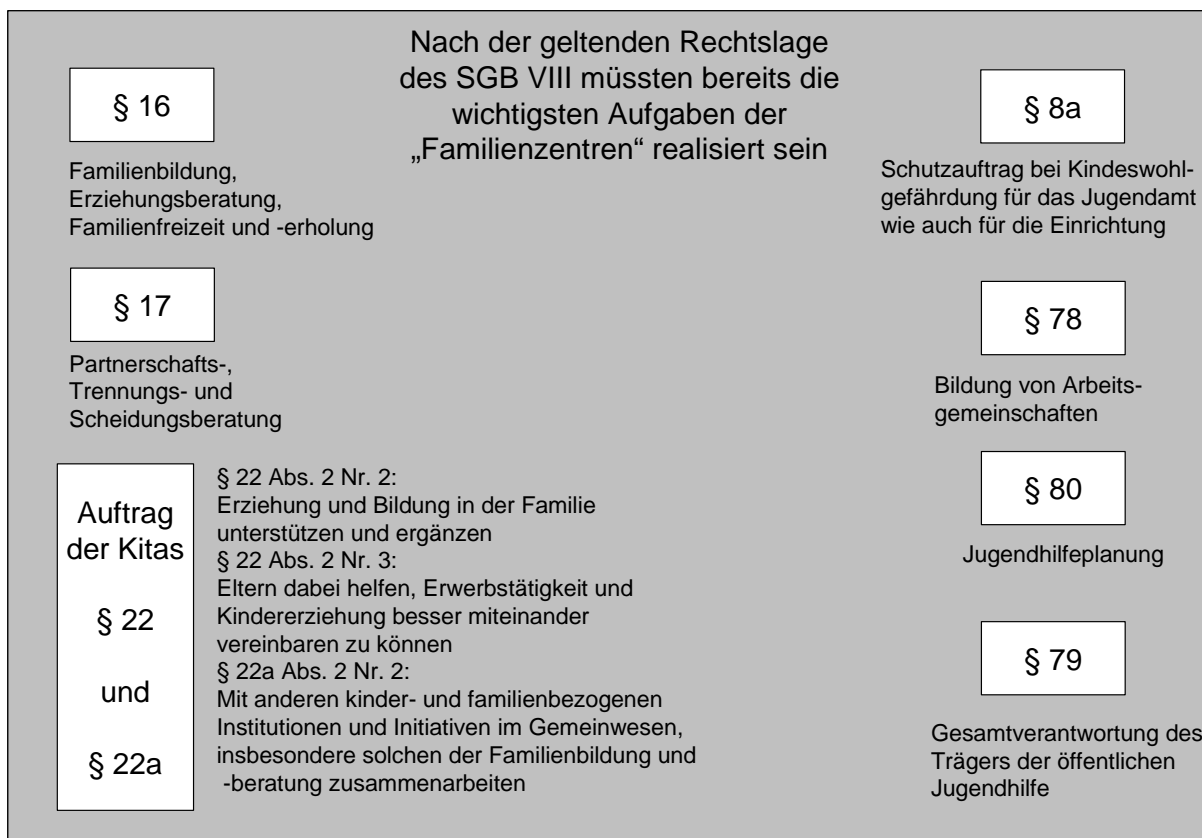
Vorbemerkung

In dieser Stellungnahme wird der vorliegende Fragenkatalog der Fraktionen zur Öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration in der Fassung vom 8. Mai 2006 entsprechend der dort vorgenommenen Auflistung abgearbeitet.

1. Welche Aufgaben sollen Familienzentren erfüllen? Wie bewerten Sie grundsätzlich die landesweite Einführung von Kinder- und Familienzentren? Welche äußeren Rahmenbedingungen sind hierfür notwendig? Welche Veränderungen – beispielsweise hinsichtlich der Inhalte oder der Erzieherinnenausbildung – müssen in den Kindertageseinrichtungen erfolgen, um die neuen Aufgaben im Rahmen der Weiterentwicklung zu Familienzentren übernehmen zu können?

1.1 Grundsätzliche Bewertung der landesweiten Einführung von „Familienzentren“ sowie deren Aufgaben

Betrachtet man beispielsweise die durch das Konzept „Familienzentren“ angestrebte stärkere Einbeziehung der Eltern, vor allem der Eltern mit Problemlagen, dann müsste dieser Aufgabenbereich eigentlich bereits heute realisiert sein, wenn man nur die Rechtsgrundlagen im SGB VIII heranziehen würde:



Ganz offensichtlich haben wir mit Blick auf die Ausgestaltung des Kinder- und Jugendhilferechts allerdings ein „**Umsetzungsproblem**“. Ein nicht geringer Teil des Aufgabenprofils von Familienzentren, wie es in den Drs. 14/471 und 14/794 beschrieben wird, *sollte* nach der Ar-

chitektur des SGB VIII zum Standard gehören. Wenn nunmehr die Einführung von Familienzentren in NRW zu einer Abmilderung der gegebenen Umsetzungsproblematik führen würde, dann wäre schon einiges gewonnen. Vor dem Hintergrund, dass eine „**symbolische Verdichtung**“ durch das Konzept „Familienzentrum“ möglicherweise eine schubförmige Durchsetzung bereits normierter Aufgaben befördert, kann die Einführung nur begrüßt werden.

Dies gilt darüber hinaus für das offensichtliche Anliegen, die bestehende „**Versäulung**“ der einzelnen Angebote aufzulösen bzw. abzumildern, um dadurch näher an die Menschen zu kommen.

Angesichts der bekannten Diagnose, dass vor dem Hintergrund kontinuierlich steigender Problemfallkonstellationen in den Familien die zersplitterte Landschaft an Akteuren der Kinder- und Familienpolitik in Verbindung mit einer quantitativ, aber eben auch qualitativ unterentwickelte Angebotslandschaft an professionellen Hilfe- und Stützsystemen für Familien (im Sinne einer historisch bedingten, mittlerweile extrem institutionell verfestigten sektoralen Fragmentierung) dazu geführt hat, dass das Handlungsfeld ganz offensichtlich hinsichtlich der eigentlich notwendigen Vernetzung chronisch unterkomplex ist, muss der Ansatz der Familienzentren als eine Verbesserung gewertet werden.

Positiv aufgegriffen wird der aus vielen empirischen Untersuchungen belegte Tatbestand, dass die Eltern grundsätzlich die Kindertageseinrichtungen mit **hohen Vertrauens- und Akzeptanzwerten** bewerten und insofern hier ein sinnvoller Anknüpfungspunkt für eine Bündelung der (möglichen) Aktivitäten gegeben ist.

Die entscheidende Frage ist aber, ob das den bisher vorliegenden Modellansätzen von Familienzentren zugrunde liegende „**Defizitmodell**“ hinsichtlich der Elternschaft geeignet ist, die intendierten Ziele letztendlich auch zu erreichen. Klar erkennbar ist in den Beschreibungen des Aufgabenprofils eine Schwerpunktsetzung auf kompensatorische Ansätze der Arbeit, die über Vernetzung und (partielle) Integration bestimmter Dienstleistungen deren Effektivität verbessern sollen. Ein niedrigschwelliger Zugang sowie die Bündelung von Dienstleistungen entweder innerhalb der Einrichtung oder – wesentlich realistischer angesichts der räumlichen Situation der meisten Kitas – vermittelt über die Einrichtung soll die Eltern erreichen helfen, die *eigentlich* auf die Angebote besonders angewiesen sind, diese aber derzeit nicht oder nicht ausreichend annehmen (können oder wollen). Angesichts der Erfahrungen mit kompensatorischen Erziehungs- und Bildungsansätzen aus den 70er Jahren ist die Prognose gut begründet, dass es auch in den Familienzentren *keine* sprunghaften Wirksamkeitsverbesserungen geben wird, wenn denn ein exklusiv defizitorientierter Ansatz gefahren wird. Auch die Kitas klagen im allgemeinen darüber, dass sie die Eltern, die eine Beratung bzw. eine spezifische Hilfestellung benötigen – ganz zu schweigen von den Fällen einer Gefährdung des Kindeswohls – nicht oder nur sehr begrenzt erreichen – zumindest mit den „klassischen“ Instrumenten.

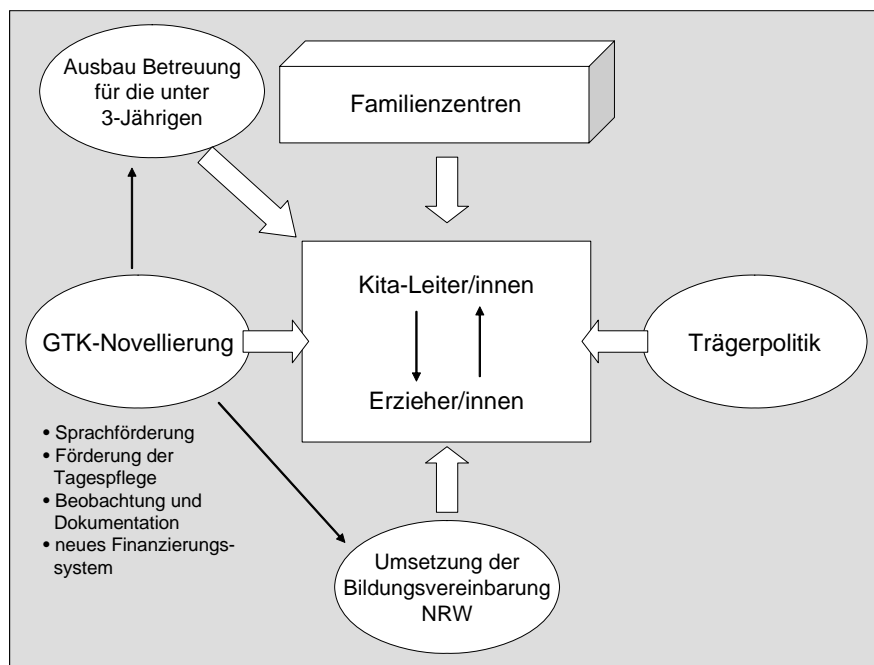
Es kann an dieser Stelle nur darauf hingewiesen werden, dass die defizitorientierte Schlagseite der Elternarbeit in den *vorliegenden* Ausführungen zu den Familienzentren nicht dem Stand der modernen Elternarbeit im Kontext der Kindertageseinrichtungen entsprechen, da - bei aller Berechtigung und Notwendigkeit kompensatorischer Bemühungen - ein wesentlicher Teil moderner Elternaktivierungsansätze auf die leistungsstärkeren und kooperationswilligen Eltern abstellt, was angesichts der notwendigen Koproduzentenrolle der Eltern nicht wirklich überrascht. Angesichts der allseits geforderten „**Erziehungs- und Bildungspartnerschaft**“ zwischen Kita und Eltern ist dies auch gut begründet, bindet aber hinsichtlich der teilnehmenden, also bereits aktiven Eltern erhebliche Ressourcen in den Einrichtungen, was sich durch die Expansion der Dokumentationsanforderungen sowie der sich daraus ergebenden Bedarfe an Entwicklungsgesprächen zukünftig noch verstärken wird.

- Im Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 14/794) ist beispielsweise hinsichtlich des Angebotsumfangs im Sinne von landesseitig vorzugebender Mindeststandards enthalten, dass u.a. niedrighschwellige Beratungsangebote, die sich an Eltern richten, vorzuhalten sind – dazu gehöre *mindestens* die Familienberatung einschließlich Erziehungsberatung und Familienbildung. Dies ist zwar im Prinzip lobenswert, aber angesichts des Zahlenverhältnisses von (angestrebten) Familienzentren zu vorhandenen Familienberatungs- und –bildungsstätten (und deren Personal) völlig unrealistisch. Aber auch gesetzt den Fall, dieses Angebot würde realisiert werden können, stellt sich die Frage nach der Wirksamkeit. Eine Verbesserung bestände unzweifelhaft darin, dass nunmehr die klassische „Komm-Struktur“ dieser Beratungsangebote insofern etwas relativiert wird, als dass die Beratungsangebote in die Einrichtungen verlagert werden – insofern hat man die Hoffnung, dass die ausgeprägte „Mittelschichtsdominanz“ bei der Inanspruchnahme von Familien- und Erziehungsberatung abgeschwächt wird durch die Präsenz vor Ort. Die Kontaktschwelle wird sicherlich verringert, aber es wird trotzdem in aller Regel keine signifikanten Sprünge bei der Nutzung geben, denn eine weitere Schwelle wird durch die Ausgestaltung der Dienstleistung als „Beratungs- oder Sprechstunde“ als solche generiert und auch in der Kita aufrechterhalten. Bekanntlich sind auch viele Arbeitsformen in diesem Bereich eher mittelschichtslastige Methoden, die z.B. viele Eltern mit Migrationshintergrund sozial und kulturell überfordern bzw. abstoßen. Im Umkehrschluss bedeutet dies natürlich auch, dass eine stärkere Präsenz in den Einrichtungen primär der bisherigen Nutzergruppe zu Gute kommen würde. Das ist nicht negativ, aber man sollte es dann auch so kommunizieren.

Die *gegenwärtige Aufgabendefinition der Kitas*, die ja als Kernbereiche der Familienzentren vorgesehen sind, ist bereits am Limit hinsichtlich der kindzentrierten Bereiche und wird sich noch mal deutlich verstärken, wenn die neuen und vor allem verbindlichen Aufgabenschreibungen im Zuge der **GTK-Novellierung** hinzukommen werden. Es ist eben nicht nur

ein logischer, sondern auch ressourcenbedingter und damit überaus wirkkräftiger Widerspruch, wenn zum einen die kindbezogenen Aufgabenzuschreibungen intensiviert werden (vor allem in überaus personalkapazitätsbindenden Bereichen wie der Beobachtung und Dokumentation) und gleichzeitig eine massive Ausweitung des Aufgabenspektrums in neue und mit zahlreichen Schnittstellen versehene Bereiche verlangt wird. Dies ist unter Status-quo-Bedingungen im Regelfall schlicht nicht leistbar.

- Allein ein Blick auf die bislang vorliegenden Grundüberlegungen für ein „Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Elementarbereich“ (**GTK-Novellierung**) verdeutlichen die Aufgabenzuwächse in den „klassischen“ Bereichen der Kita-Arbeit, also noch ohne die weitere Aufladung durch das Konzept der Familienzentren: Die Entwicklung jedes Kindes ist kontinuierlich, zielgerichtet und ganzheitlich zu beobachten und zu dokumentieren (Bildungsdokumentation)¹, die Sprachförderung wird zur Pflichtaufgabe. Die Kita muss bei erkennbaren Sprachdefiziten dafür Sorge tragen, dass eine besondere zusätzliche Sprachförderung zur Verfügung gestellt wird. Die Kitas verfolgen die gesundheitliche Entwicklung der Kinder mit Blick auf den besonderen Schutzauftrag nach § 8 SGB VIII, um mögliche Schädigungen oder Beeinträchtigungen frühzeitig zu erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten. Die Zusammenarbeit mit den Grundschulen wird verpflichtend ausgestaltet. Die Kitas werden zu einer kontinuierlichen Evaluation verpflichtet.



Ein generelles Problem im Kita-Bereich ist die fehlende Priorisierung der Aufgaben vor dem Hintergrund der vorhandenen Mittel wie auch angesichts der Qualifikationsprofile. Vor allem die vorgesehene (problematische) **Gleichzeitigkeit der Einführung von Familienzentren mit der geplanten Novellierung des GTK** mit

seinen Elementen eines Systemwechsels (z.B. hinsichtlich der Finanzierung der Einrichtung-

¹ Es sei hier nur angemerkt, dass die Bildungsdokumentation nur ein Teil einer (echten ganzheitlich orientierten) Entwicklungsdokumentation des Kindes darstellen würde. Diese Begrifflichkeit an sich ist schon eine Engführung. Diese wird dann noch mal verstärkt durch die Absicht, dass die Dokumentation der Sprachförderung der Kinder einen besonderen Schwerpunkt innerhalb der Bildungsdokumentation bilden soll.

gen) darf bei der Erörterung über Chancen und Grenzen des Modells Familienzentren nicht aus den Augen verloren werden.

1.2 Realistische und unrealistische Aufgabenprofile von „Familienzentren“

Vor dem Hintergrund des gegebenen Gesamtaufgabenprofils der Kitas in Verbindung mit den neuen Anforderungen im Gefolge anderer Entwicklungslinien wie der Umsetzung der Bildungsvereinbarung NRW, der angekündigten GTK-Novellierung und trägerpolitischen Entwicklungen wie z.B. die Einführung von Qualitätsmanagementsystemen kann eine realistische Erwartungshaltung gegenüber dem Aufgabenprofil eines Familienzentrums vor allem die folgenden Punkte beinhalten:

- Ausbau niedrigschwelliger, im Regelfall aber selbstorganisierter Angebote, Eltern stärker und zeitlich länger an die Einrichtung zu binden, z.B. durch die Elterncafés, durch Themenabende, durch das Angebot bestimmter Kurse für Mütter (und Väter) usw. Punktuell können diese Strukturen dann genutzt werden, um Anregungen und Angebote von außen an die Eltern zu bringen, z.B. durch die Teilnahme von Beratungsfachkräften an den Angeboten.
- Eine stärkere Vernetzung mit den verfügbaren Beratungs- und Hilfsangeboten im Sozialraum, was allerdings in praxi bei den meisten Einrichtungen eher in Form einer qualifizierten Lotsenfunktion leistbar wäre. Dies setzt eine entsprechende Qualifikation des Leitungspersonals wie auch eine entsprechende Transparenz der Infrastruktur vor Ort voraus (Kapazitäten, Termine, Ansprechpartner, Arbeitsweisen der anderen Anbieter usw.). Dies spricht für die Bildung eines dicht geknüpften Netzwerkes der bestehenden Einrichtungen und Angebote im Sinne einer kommunalen Bildungs- und Hilfeplanung.
- Die Kitas sollten sich angesichts ihrer Kernkompetenz besonders fokussieren auf Fragen der Hilfe und Beratung in Erziehungsfragen; hier besteht zugleich bei vielen Eltern ein erheblicher Bedarf. Die Kompetenz vieler Erzieher/innen hierfür ist vorhanden und kann durch gezielte Fortbildung weiter professionalisiert werden.
- Für ein realistisches Leistungsprofil gibt es in Nordrhein-Westfalen genügend „best practice-Beispiele“ vor Ort, die sich unter den Bedingungen der vergangenen Jahre herausgebildet haben. Hier wäre eher ein intensiver Transferprozess zu organisieren.

Unrealistisch – wenn auch konzeptionell, also auf dem Papier überzeugend – ist die Vorstellung, dass die Kitas zu „echten“ Zentren werden können, von einigen ganz wenigen Ausnahmen einmal abgesehen.

- So enthält der Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP (Drs. 14/471) die Zielsetzung, dass die Familienzentren „zu Knotenpunkten sozialer Netzwerke in den Stadtteilen“ werden. Angesichts der Kleinteiligkeit der meisten Kitas², der Trägerpluralität, der Vielgestal-

² Man darf daran erinnern, dass mehr als 80% der Kitas bis zu 10 Beschäftigte haben und es sich damit um sehr kleine Einrichtungen handelt, was sich natürlich auch in den Räumlichkeiten widerspiegelt.

tigkeit der Hilfs- und Beratungsangebote, die aber auch eine Mindestmenge an „Umsatz“ voraussetzen, sowie der gegebenen Arbeitsbedingungen der Erzieher/innen wie auch der Qualifikation bzw. Nicht-Qualifikation für die mit der Zielsetzung verbundenen Koordinations- und Steuerungsaufgaben lassen erhebliche Zweifel aufkommen, ob dieses Ziel auch nur annähernd erreichbar ist und ob damit nicht eine höchst problematische Überforderung der Kitas verbunden wäre. Zugleich kann die öffentliche Herausstellung als „Familienzentren“ zum einen den Erwartungsdruck noch mal erhöhen und zum anderen die eigentlich erforderliche horizontale und vertikale Vernetzung im und zwischen den Sozialräumen möglicherweise blockieren bzw. hemmen.

Es ist überaus auffällig, dass die vorliegenden Ausführungen zu den Familienzentren natürlich sehr stark auf den Erfahrungen mit den „**Early Excellence Centres**“ bzw. nunmehr „**Children Centres**“ in **Großbritannien**³ aufbauen und Bezug nehmen, z.B. hinsichtlich der niedrigschwelligen Zugänge für Eltern, aber eine ganz wichtige - und gerade in den sozialräumlich „schwierigen“ Gebieten zentrale - Komponente nicht erwähnen: Gemeint ist hier die arbeitsmarktliche Dimension der britischen Ansätze, also das Angebot – durchaus auch im Sinne eines „Leistungs- bzw. Kooperationsanreizes“ – von Weiterbildungsmaßnahmen, die teilweise auch den Einstieg in eine berufliche Tätigkeit in den Einrichtungen eröffnen.

- Insofern ist es aus Sicht des Verfassers ein großes Defizit, dass keine Verlinkung des Konzeptes der Familienzentren zu den Entwicklungen im Bereich des SGB II und den diesen Bereich tragenden Arbeitsgemeinschaften bzw. Optionskommunen vorgenommen wurde. Und dies müsste explizit erfolgen, um eine notwendige Diskussion zu eröffnen, ob man sich diese übrigens durchaus erfolgreiche Komponente der britischen Ansätze auch vorstellen kann. *Theoretisch* – also wenn es sich nicht nur um virtuelle Haushaltsansätze handelt – stehen im SGB II-Bereich hinsichtlich aktiver Maßnahmen dem Grunde nach nicht geringe Mittel zur Verfügung, verstärkt auch durch die Tatsache, dass nicht einmal die Hälfte der vorgesehenen Mittel abfließen werden. Hier könnten sich – eine kommunale Gesamtplanung vorausgesetzt – erhebliche Freiheitsgrade der Gestaltung eröffnen.

1.3 Neue Anforderungen an das Personal in „Familienzentren“

Ein Bestandteil der vorliegenden Umsetzungsplanung der Familienzentren beinhaltet die Unterstützung des Personals z.B. durch Coaching sowie die Fortbildung. Der Verfasser kann nicht erkennen, wie dieses ambitionierte und zugleich essentielle Ziel mit dem ausgewiesenen Mittelvolumen für das Programm auch nur annähernd realisiert werden soll. Wenn man nur die gängigen Mindeststandards eines professionellen Coaching für Führungskräfte zugrunde legen würde, dann ergeben sich Beträge, die man in den Programmunterlagen nicht finden

³ Vgl. hierzu auch www.surestart.gov.uk sowie die Auswertung der Erfahrungen mit einzelnen Centres unter www.ofsted.gov.uk.

kann. Scheinbar setzt man im wesentlichen auf „selbstorganisierte“ Lern- und Professionalisierungsprozesse.

Auch hier könnte man von den britischen Erfahrungen lernen. So haben die Briten nunmehr das Programm „**National Professional Qualification in Integrated Centre Leadership (NPQICL)**“ aufgelegt (www.ncsl.org.uk/programmes/npqicl/index.cfm).

2. Welche Angebote soll ein Kinder- und Familienzentrum mindestens vorhalten oder auch nicht vorhalten? Wie eng sollten diese Angebote an Kindertageseinrichtungen angebunden werden? Wie können Tagespflege und Familienzentrum sinnvoll miteinander vernetzt werden?

Teilweise wurde die Fragen bereits im ersten Teil meiner Stellungnahme behandelt. Deshalb soll hier eine Fokussierung auf die Frage nach der Tagespflege erfolgen.

Der Verfasser plädiert ausdrücklich **für eine möglichst institutionalisierte Anbindung der Tagespflege an die Kindertageseinrichtungen.** Es sollte an dieser Stelle hervorgehoben werden, dass die Tagespflege derzeit bei vielen (potenziellen) Nachfragern ein Qualitätsproblem hat, einmal personengebunden als Vertrauensdefizit, zum anderen aber auch organisatorisch z.B. hinsichtlich des Managements von Ausfällen. Diese zentralen Defizite könnte man lösen, wenn die Tagespflege im Sinne eines Satellitensystems an bestehende Einrichtungen angedockt wird. Dadurch ließen sich beispielsweise einfacher Ausfallregelungen organisieren, aber auch – zunehmend wichtiger, wenn denn die Tagespflege expandiert – kann man über eine Anbindung an die Kitas auch aktive Qualitätssicherung betreiben. So können die Tagespflegekräfte an den Fortbildungsangeboten der Einrichtungen teilnehmen, sie können aber auch mal für eine Zeitlang in der Einrichtung arbeiten usw. Für die Einrichtungen würde sich die Möglichkeit eröffnen, den zunehmenden Bedarf an flexiblen Betreuungszeiten in den Randbereichen, der sich mit den klassischen Kita-Strukturen kostenseitig nicht abdecken lässt, zu befriedigen.

Die vorgeschlagene institutionelle Anbindung der Tagespflege sollte ein „Markenzeichen“ von Familienzentren werden.

3. Wessen originäre Aufgabe ist die Entwicklung von Kinder- und Familienzentren? Wo soll die Steuerung angesiedelt sein, wie können festzulegende Mindeststandards aussehen und wer ist für die Finanzierung zuständig? Wie können sich die unterschiedlichen Kompetenzebenen sinnvoll ergänzen? Welche Rolle soll dabei das Land spielen?

Im bestehenden System wäre die Entwicklung der Zentren originäre Aufgabe der **Kommunen** und zwar auf Grundlage der bereits existierenden gesetzlichen Bestimmungen im KJHG

und hierbei speziell zur Jugendhilfeplanung. Die vorliegende Trägerpluralität wird theoretisch durch die kooperative Jugendhilfeplanung abgebildet.

Die **Steuerung** der Familienzentren sollte – wenn man denn den Ansatz einer horizontal und vertikal vernetzten Struktur vor Ort vertritt – *nicht* in den Kitas angesiedelt werden; zwangsläufig und angesichts der Autonomie der einzelnen Träger benötigt man hierfür Regiestellen mit einem Schwerpunkt auf Networking-Ansätze. Diese sollten nicht als Stelle des öffentlichen Jugendhilfeträgers ausgestaltet sein, sondern z.B. als Agenturlösung auf Vertragsbasis. Wenn man aber den skizzierten Weg einer Profilierung der Kitas als Familienzentren gehen will, dann muss klar sein, dass die Frage der Leitungsfreistellung noch mal in einer ganz anderen Größenordnung diskutiert werden muss. Die Leiter/innen der Kitas müssten neben einer deutlich ausgeweiteten Freistellungsregelung vor allem fachlich professionalisiert werden. Hierzu würde neben individualisierten Coaching-Ansätze für die Einführungsphase vor allem eine methodenbasierte Qualifizierung erforderlich sein.

Die Frage der **Mindeststandards** ist natürlich abhängig vom realisierten Modell. Solche Standards sind auf alle Fälle erforderlich für die folgenden Bereiche (und im Prinzip müssen diese auch bei der GTK-Novellierung abgebildet werden):

- Das Leitungsprofil und daraus resultierend die Freistellungsvolumina für das Leitungspersonal.
- Die qualifikatorischen Mindestanforderungen an die Leitungskräfte.
- Die Vor- und Nachbereitungszeiten der Erzieher/innen in den Einrichtungen, wenn die Aufgabenbereiche jenseits der Betreuungs- und Bildungsarbeit am und mit dem Kind ausgeweitet werden. Dafür sind derzeit keine Zeitanteile vorgesehen.

Die **Finanzierungsfrage** ist natürlich durch das gegebene Finanzierungssystem mit seinem Schwerpunkt auf den kommunalen Bereich restringiert.

- Der Verfasser hat hierzu an anderer Stelle dargelegt, dass aus systematischer, die Kosten-Nutzen-Verteilung berücksichtigender Sicht eine umfassende Finanzierungsreform mit einer regelgebundenen Bundesbeteiligung an der Finanzierung der laufenden Betriebskosten der Kitas wünschenswert und auch im Prinzip machbar wäre.⁴

Hinsichtlich einer realistischen **Rolle des Landes** wäre eine inhaltliche wie auch finanzielle Beteiligung sinnvoll bei der Organisation der Lern- und Transferprozesse bei der Umsetzung des Modells Familienzentren, die allerdings deutlich über die vorgesehenen Haushaltsmittel hinausgehen würde. Dazu zählt die landesweite Bereitstellung, Durchführung und Finanzierung der Qualifizierung und Professionalisierung der Leitungskräfte von Familienzentren in Anlehnung an den britischen Ansatz. Hier wäre übrigens auch eine Möglichkeit, den **Bund** unter den derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen des SGB VIII einzubeziehen, der z.B.

⁴ Vgl. hierzu Sell, S. (2005): Quantitative und qualitative Abschätzung der Einführung eines Geldleistungsgesetzes („Kitageld“) zur Finanzierung der Kindertagesbetreuung in Deutschland, Remagen, Oktober 2005. Die Studie kann unter www.rheinahrcampus.de/ibus downgeloadet werden.

über § 83 SGB VIII an der Entwicklung und Umsetzung eines dem britischen NPQICL vergleichbaren Ansatzes beteiligt werden könnte.

Sollte das vorliegende Profil der Aufwertung der Kitas zu Familienzentren umgesetzt werden, dann ist die in den bisher bekannt gewordenen Überlegungen des Landes zu einem neuen Finanzierungssystem genannte Zuschlagssumme für die Zentren im Rahmen der Pauschalfinanzierung definitiv zu niedrig.

Wenn das Land den vorgesehenen Weg eines Umbaus vieler Kitas hin zu Familienzentren wirklich konsequent gehen will, dann kommt das Land nicht darum herum, die Ausbildung der Erzieher/innen deutlich anzuheben und sich in den Prozess der Akademisierung zumindest eines Teils der Fachkräfte stärker als bislang einzubringen. Hier also wäre die **Hochschulpolitik des Landes** gefordert, entsprechende Angebote an den Hochschulen auszudifferenzieren.

4. Wie beurteilen Sie die Pläne, bis 2010 ein Drittel der landesweit 9.600 Kindertageseinrichtungen zu Kinder- und Familienzentren weiter zu entwickeln?

Unrealistisch. Und wenn es vor dem Hintergrund des skizzierten Aufgabenprofils und angesichts der bereits beschriebenen Rahmenbedingungen dennoch umgesetzt werden würde, dann hätte das überwiegend den Charakter eine Umetikettierung bestehender Strukturen.

Frage 5 wurde bereits vorstehend beantwortet.

6. Wo sollten Kinder- und Familienzentren sozialräumlich primär angesiedelt werden? Halten Sie die Entwicklung entsprechender Parameter für die Auswahl sinnvoll?

Wenn man denn - wie anfangs durchaus kritisch bewertet - einem Defizitmodell der Elternschaft folgt und in der Adressierung dieser Elterngruppen eine vorrangige Aufgabe sieht, dann macht allein aus ökonomischen Gründen eine Konzentration der ersten Wellen der Zentrenbildung in schwierigen bzw. belasteten Sozialräumen Sinn und wäre nur zwangsläufig angesichts der knappen Haushaltsmittel.

Dagegen stehen allerdings Argumente wie z.B. die Befürchtung, dass eine solche Verengung zu einem Stigmatisierungseffekt führen könnte und das ganze Modell desavouieren könnte. In Großbritannien hat man anfangs diesen Weg gewählt, als Bestandteil einer nationalen Strategie der Armutsbekämpfung. Mittlerweile hat man sich davon verabschiedet.

Die Sozialraumanalyse hat sich in den vergangenen Jahren deutlich ausdifferenziert und auch das Methodenarsenal wurde verfeinert. In NRW ist ja national ausgewiesene Expertise zu diesem Thema im Land vorhanden (z.B. Universität Essen/Duisburg).

Der Verfasser hat allerdings Zweifel, ob angesichts des Aufwandes hier ein Schwerpunkt gesetzt werden sollte.